# Bürgerschaftliches Engagement in der Freien Wohlfahrtspflege - Profil und Auftrag

## I PROFIL der Freien Wohlfahrtspflege

Die Freie Wohlfahrtspflege gehört mit 6 Spitzenverbänden, 125.000 Diensten und Einrichtungen, 2 Mio. hauptamtlich Beschäftigten und 3 Mio. freiwillig Engagierten zu den größten Arbeitgebenden in Deutschland und ist ein prägender Teil der sozialen Infrastruktur Deutschlands. Sie übernimmt im Sinne des Subsidiaritätsprinzips, als zivilgesellschaftliche Akteurin und Dienstleistungserbringerin im Sozialstaat wesentliche Aufgaben in der staatlichen Daseinsvorsorge. Dabei verbindet sie professionelle soziale Arbeit mit dem Engagement von Millionen Bürger*innen.

Die Freie Wohlfahrtspflege erreicht und aktiviert Menschen dort, wo staatliche Akteure und Angebote allein nicht ausreichen. Mit ihren Gliederungen, Diensten und Einrichtungen sowie mit innovativen Projekten ist sie nah an den Menschen und in den Lebenswelten vor Ort verankert. Föderale Strukturen, Netzwerke und vielfältige Kooperationen ermöglichen es, Erfahrungen und Bedarfe aus der Praxis aufzunehmen und bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Insofern ist die Freie Wohlfahrtspflege selbst eine engagementfördernde Infrastruktur.

## II Profil des Bürgerschaftlichen Engagements

Im Mittelpunkt stehen die Ermöglichung von Engagement, Selbsthilfe und Teilhabe sowie der Zugang zu sozialen Angeboten. Bürgerschaftliches Engagement, berufliche Tätigkeit und soziale Dienstleistungserbringung greifen produktiv ineinander und schaffen so einen unbezahlbaren Mehrwert im Sozialstaat und für die Gesellschaft.

Die Bedeutung des Zusammenwirkens zeigt sich besonders in Krisenzeiten: Die Solidarität der vergangenen Jahre hat in Ausnahmesituationen (Pandemie, Klimakatastrophen, kriegsbedingte Fluchtbewegungen etc.) eindrucksvoll gezeigt, welche Kraft und Bereitschaft zum Engagement in der Gesellschaft vorhanden sind. Zugleich wurde sichtbar, wie eng staatliches Handeln und gesellschaftliches Engagement miteinander verbunden sind.

Diese Verbindung reicht über die Krisenbewältigung hinaus: Engagement, Zivilgesellschaft und Demokratie bilden einen Dreiklang. Eine engagierte Zivilgesellschaft schafft Beteiligung, übernimmt Verantwortung und bringt neue Impulse ein. Sie stärkt damit gesellschaftlichen Zusammenhalt und Resilienz und trägt zu einer handlungsfähigen und demokratischen Gesellschaft bei.

Damit Engagement seine Wirkung entfalten kann, braucht es offene Zugänge unabhängig von Alter, Herkunft, Einkommen oder individuellen Lebenslagen. Inklusive und

interkulturelle Zugänge sowie die Vereinbarkeit von Engagement, Beruf und Familie ermöglichen Teilhabe und verbinden Generationen und unterschiedliche Lebenswelten.

## III CHANCEN / HERAUSFORDERUNGEN

### Engagementinfrastruktur dauerhaft fördern und Sichtbarkeit stärken

Gemeinnützige Organisationen, Vereine, Initiativen und Verbände bilden das Rückgrat zivilgesellschaftlichen Engagements. In Zeiten wachsender Polarisierung, gesellschaftlicher Spannungen und knapper öffentlicher Haushalte gerät auch die Zivilgesellschaft zunehmend unter Druck. Da Engagementförderung vielfach eine freiwillige öffentliche Leistung ist, steht sie bei knappen finanziellen Ressourcen besonders schnell zur Disposition. Damit sie Engagement ermöglichen und vor Ort wirksam sein können, brauchen sie verlässliche personelle und finanzielle Ressourcen, sichtbare und barrierefreie Engagementräume sowie dauerhafte, passgenaue Förderstrukturen, die neben Bewährtem auch Innovation ermöglichen.

**Wir fordern daher** eine verlässliche Sockelfinanzierung engagementfördernder Infrastrukturen, den Ausbau dauerhafter statt ausschließlich projektbezogener Förderstrukturen, eine langfristige personelle und finanzielle Absicherung von Engagementförderung sowie die Stärkung sichtbarer und niedrigschwelliger Engagementräume. Wichtig sind verlässliche Rahmenbedingungen, die bürgerschaftliches Engagement ermöglichen und seine Wirkung nachhaltig sichern, in der Freien Wohlfahrtspflege wie in der Zivilgesellschaft und den gesetzlich geregelten Freiwilligendiensten FSJ, FÖJ, BFD und IJFD, sodass eine resiliente und solidarische Zivilgesellschaft gestärkt wird.

### Digitalisierung als Chance für Engagement nutzen

Digitalisierung eröffnet Wege für Vernetzung, Teilhabe und Engagement, insbesondere für jüngere Menschen sowie in ländlichen und strukturschwachen Räumen. Sie ist kein Selbstzweck, sondern notwendig, um Engagement zeitgemäß und niedrigschwellig zu gestalten. Voraussetzung sind digitale Zugänge und Kompetenzen. Künstliche Intelligenz (KI) wird die Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Engagements und sozialer Arbeit grundlegend verändern und sollte gemeinwohlorientiert gestaltet und genutzt werden.

**Wir fordern daher** den Ausbau digitaler Zugänge und Engagementangebote für freiwillig Engagierte und Organisationen sowie die Förderung digitaler Kompetenzen durch entsprechende Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche und Freiwilligenmanager*innen.

### Engagement für Nachhaltigkeit und Klimaschutz stärken

Die sozial-ökologische Transformation kann nur gelingen, wenn Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammengedacht werden. Die Freie Wohlfahrtspflege mit ihren unterschiedlichsten Einrichtungen von Kindertagesstätten über Pflegeheime bis hin zu offenen Angeboten ist gefordert, Soziales, Ökologie und Ökonomie zu verbinden. Orientierung bieten die Sustainable Development Goals (SDGs). Bürgerschaftliches Engagement bietet zugleich wichtige Möglichkeiten, Menschen für Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu gewinnen und eigene Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen.

**Wir fordern daher** die Unterstützung von freiwilligem Engagement im Bereich Nachhaltigkeit, gesellschaftliche Transformation und Klimaschutz sowie die Förderung nachhaltiger Strukturen in Einrichtungen und Diensten der Freien Wohlfahrtspflege.

### Zivilgesellschaft national, europäisch und weltweit stärken

Die Krisen und Umbrüche unserer Zeit zeigen die Kraft und Innovationsfähigkeit einer engagierten Zivilgesellschaft. Damit diese erhalten bleibt, braucht es ihre frühzeitige und echte Beteiligung an gesellschaftspolitischen Prozessen, national wie europäisch. Zivilgesellschaft darf dabei nicht auf die Rolle der lückenbüßenden Problemlöserin für staatliche Aufgaben reduziert werden. Angesichts zunehmend eingeschränkter Handlungsspielräume (*shrinking spaces*) gilt es, offene Räume für zivilgesellschaftliches Engagement zu sichern und diese in Europa wie weltweit zu stärken. Zugleich sehen sich Engagierte und zivilgesellschaftliche Organisationen zunehmend mit Anfeindungen, Einschüchterung, Desinformation und Einschränkungen ihrer Handlungsspielräume konfrontiert. Dabei gehören politische Beteiligung, gesellschaftliche Einmischung, Interessenvertretung und Sprachrohr für andere zu sein zum Wesen bürgerschaftlichen Engagements

**Wir fordern daher** die frühzeitige und verbindliche Beteiligung der Zivilgesellschaft an politischen Entscheidungsprozessen sowie die Sicherung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume in Deutschland, Europa und weltweit.

### Einschätzungen zu Engagementpolitik und Demokratieförderung auf Bundesebene

Die BAGFW wird sich in der Politik auf allen föderalen Ebenen und als starke Partnerin weiterhin für gute Rahmenbedingungen und eine starke Zivilgesellschaft einsetzen. Aus Sicht der BAGFW muss Engagementpolitik auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren und einen – auch in finanzieller Hinsicht – verlässlichen Rahmen für bürgerschaftliches Engagement gewährleisten. Zentral ist hier der Ausschuss Sport und Ehrenamt sowie der im Koalitionsvertrag vereinbarte „Zukunftspakt Ehrenamt“. Der in der 21 Legislatur ins Leben gerufene “Runde Tisch Engagement und Ehrenamt” sollte als regelmäßiges Austauschformat zwischen Politik und Zivilgesellschaft fortgeführt und weiterentwickelt werden. Der Einbezug der Freien Wohlfahrtspflege als engagementfördernde Infrastruktur in ihrer besonderen Funktionsweise ist hierbei zwingend.

**Wir fordern** die konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung des im Koalitionsvertrag vorgesehenen „Zukunftspakts Ehrenamt“, die Fortführung und Weiterentwicklung des “Runden Tisches Engagement und Ehrenamt” als dauerhaftes Austauschformat zwischen Politik und Zivilgesellschaft und die systematische Einbeziehung der Freien Wohlfahrtspflege als engagementfördernde Infrastruktur für den Sozialstaat.

Zu verlässlichen Rahmenbedingungen gehören auch praxistaugliche Regeln im Vereins-, Zuwendungs- und Gemeinnützigkeitsrecht. Punktuelle Anpassungen sollten Bürokratie abbauen und insbesondere ehrenamtlich geführte Organisationen entlasten sowie gemeinnütziges Handeln erleichtern und rechtssicher machen.

Bei Gesetzgebungsprozessen sollte stärker darauf geachtet werden, welche Auswirkungen neue Regelungen auf bürgerschaftliches Engagement haben. Eine Engagementverträglichkeitsprüfung kann dazu beitragen, unbeabsichtigte Belastungen frühzeitig zu erkennen und Engagement nachhaltig zu stärken.

**Wir fordern** den gezielten Abbau bürokratischer Belastungen für insbesondere ehrenamtlich getragene Organisationen sowie die systematische Berücksichtigung möglicher Auswirkungen gesetzlicher Regelungen auf bürgerschaftliches Engagement.

Dafür braucht es verlässliche Förderstrukturen, eine Stärkung demokratischer Teilhabe sowie eine enge Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Forschung.

**Wir fordern** eine enge und dauerhafte Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft, den Ausbau wissensbasierter Engagementpolitik sowie die kontinuierliche wissenschaftliche Begleitung engagementpolitischer Maßnahmen.

## IV AUSBLICK

Die Freie Wohlfahrtspflege wird ihre Expertise und Erfahrung auch künftig in die engagementpolitischen Prozesse einbringen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Ausgestaltung des „Zukunftspakts Ehrenamt“, die Stärkung verlässlicher Rahmenbedingungen und die strukturell abgesicherte Beteiligung der organisierten Zivilgesellschaft. Die BAGFW wird diesen Prozess als verlässlicher Partner von Politik und Verwaltung aktiv begleiten und sich dafür einsetzen, dass die Perspektiven und Erfahrungen der Praxis in die Engagementpolitik einfließen.

Berlin, den 02. November 2026

Bundesarbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW)